

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1918)
Heft: 3

Artikel: Frauenstimmrecht im Auslande
Autor: E.K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mit dieser Auffassung des Krieges durch die Machthaber hat der Pazifismus mitten im Kriege seinen grössten Sieg errungen.

Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, dass die Gründe, die eine solche Umwertung des Krieges und ihre tendenziöse Verwendung durch die Machthaber bestimmen, nur politisch-diplomatischer Natur sind und nicht einer tatsächlichen Verurteilung des Krieges aus ethischen Motiven entspringen; dennoch bilden sie für alle jene, deren tiefste Überzeugung damit ausgesprochen wird, eine neue wirksame Grundlage der Friedenspropaganda. Es gilt aber, die Konsequenzen dieser Auffassung mit Entschlossenheit zu ziehen, es gilt, eine unermüdliche Tätigkeit auszurüsten, um die letzten Ursachen zu entblössen, die Krieg bewirken, um den Kampf gegen sie zu organisieren. Können die grauenvollen Erlebnisse dieses Krieges das Gewissen der Kulturmenschheit so stark im Sinne einer Umwertung des Krieges beeinflussen, dass sie, was heute nur eine Waffe im diplomatischen Kampfe ist, künftig unerbittlich als Bekenntnis fordert, um über die Unterschiede der Nation und Klasse hinaus eine kriegsgegnerische Gemeinschaft zu stiften, dann wird der erste Schritt zu einer wirklichen Bekämpfung des Krieges geschehen sein. Dazu rufen wir auf: entschlossen, die Umwertung des Krieges als Grundlage der künftigen Kultur zu fordern, suchen wir schon heute die Gleichgesinnten in allen Ländern, um ihnen die Hand zur internationalen Verständigung zu bieten.

Von der Friedensarbeit der österreichischen Frauen.

Die österreichische Gruppe der internationalen Frauenvereinigung für dauernden Frieden, ein Grüppchen zur Zeit ihrer Entstehung nach dem Haager Frauenkongress des ersten Kriegsjahres und durch polizeiliche Unterdrückung an ihrem Wachstum lange gehindert, ist heute ein beachtenswerter Faktor im öffentlichen Leben Wiens geworden. Die Versammlungen, die sie in allen Bezirken Wiens in den Spätherbstmonaten abhielt, um dem Friedensangebot der Maximalisten in Österreich geneigte Aufnahme von Seiten der Regierung zu erzwingen, machten sie populär und führten ihr ein paar Hundert Mitglieder zu, die sie unter dem Namen der „Friedenspartei“ um sich scharte — eine Bezeichnung, die heute wahrhaft Zugkraft besitzt, und die bisanhin charakteristischerweise keine Vereinigung von Friedenssehnsüchtigen für sich beansprucht hatte.

Die Gefährdung des Friedenswerkes von Brest-Litowsk durch das annexionistische und anmassende Gebaren der Unterhändler aus dem Deutschen Reich rief die Friedenspartei zu einer mächtigen Kundgebung auf den Plan. Die Arbeiterschaft Deutsch-Österreichs hatte mit drohender Geste gegen diese neuerliche Verleugnung der demokratischen Friedensprinzipien für eine Woche lang ihre Arme verschränkt, und nur die ernstesten Beteuerungen des Ministers Czernin über die Ehrlichkeit und Unerschütterlichkeit der Grundsätze bei den Friedensverhandlungen hatte sie bewegen können, noch einmal ihre Arbeit aufzunehmen im Dienste der bestehenden Regierung ihres Landes. Das Bürgertum Deutsch-Österreichs aber, soweit in ihm das Verlangen nach Frieden und nach einem gerechten, auf demokratischen Grundlagen zu schliessenden Frieden lebendig und stark ist — und das ist heute bei der Mehrzahl der Fall —, hatte, unorganisiert wie es ist, seinen Sympathien mit dem entschlossenen Auftreten der Arbeiter keinerlei Ausdruck geben können. Ja, es entblödete sich nicht, in einer Frauenversammlung, die am Tage nach der Beendigung des Streiks stattfand — aber schon längere Zeit vorher anberaumt gewesen war —, um der Forderung nach dem Frauenwahlrecht in der Gemeinde Nachachtung zu verschaffen, und die infolge der Zusagen der Regierung an die Arbeiterschaft, welche diese Reform mit zu einer Bedingung ihres Einlenkens

gemacht hatte, sich plötzlich am Ziel ihrer Wünsche sah, mit keiner Silbe dieses proletarischen Kampfes zu erwähnen, aus Furcht sich dadurch politisch zu kompromittieren. Zur Ehre der anwesenden Frauen aber sei es gesagt, dass diese nur mit Entrüstung diese Zurückhaltung der Einberuferrinnen der Versammlung aufgenommen hatten und durch einen demonstrativen Beifall ihren Dank und ihr völliges Einigehen mit dem ganzen politischen Programm der Arbeiterschaft bekundeten, als Adelheid Popp, die Vertreterin der Arbeiterinnen, dies beschämende Verhalten brandmarkte. Dass sie ihrerseits entschlossen sind, energisch zum Verständigungsfrieden zu stehen, bezeugten die Bürgerlichen in der grossen Versammlung, die die Friedenspartei dann am 23. Januar in den Konzerthaussaal lud unter dem Ruf: „Der Friede in Gefahr“. Auch nicht ein Plätzchen blieb leer in diesem 6000 Menschen fassenden Saal, und wie sehr sie den Ausführungen der Redner, der Abgeordneten Kemetter und Zenker, und Frau Beer-Angerer zustimmten, welche die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Friedens der Verständigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker begründeten, das bewiesen die häufigen und kräftigen Zwischenrufe, die ertönten und jedesmal lautesten Applaus auslösten. An den Saaleingängen wurden Broschüren feilgehalten, die die Frauen in der letzten Zeit zur Agitation für ihre Friedensarbeit herausgegeben haben, und weisse Abzeichen verkauft mit der Devise: Für den Verständigungsfrieden. Daran, dass dies letztere möglich ist heute, was vor zwei Jahren noch ein im Frauenkomitee selbst als unausführbar belächelter Vorschlag war, konnte man die Entwicklung ermessen, die der Friedensgedanke genommen und das gab auch die Zuversicht, dass auch das langsam sich Raum erobernde Lösungswort des Verständigungsfriedens selbst Wirklichkeit werden wird. An Vielen, die im Saal sass, sah man das Abzeichen; auf offener Strasse am hellen Tag aber wagen's die Einzelnen noch nicht zu tragen. Doch schliessen sie sich enger zusammen, so kann ihrem Bund mit der Arbeiterschaft in dem Verlangen nach dem Verständigungsfrieden, der die Basis der Völkerversöhnung und damit der Völkerverbrüderung bedeutet, nichts mehr widerstehen. Es wird Sache der Führerinnen der Friedenspartei sein, diese festere Organisation zu schaffen, und kein Zweifel, dass ihre Rührigkeit und Tüchtigkeit es zuwege bringt. Möchten doch die Frauen aller andern kriegsführenden Länder ihrerseits die Friedenspartei zusammenfassen und in gemeinsamem Vorgehen sie dann zum Siege führen über alle Hindernisse hinweg, die heute noch aus den Kreisen der Machtpolitiker sich den Bemühungen um einen gerechten Ausgleich der Gegensätze entgegenstemmen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Gibt es keine Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten, so gibt es das Mittel der Agitation von Haus zu Haus, wie es die ungarischen Frauen praktizierten, und sind Abzeichen nicht gestattet, so flattern Fahnen aus den Fenstern mit der Aufschrift nach Verständigungsfrieden noch sichtbarer. Die Arbeit für den Frieden hat heute keine Ausrede mehr. Zu stark ist der Wunsch nach Erlösung aus der Not des Krieges und der Atmosphäre der Feindschaft allüberall. O. B.

Frauenstimmrecht im Auslande.

Es mag die Einen und Andern interessieren, wie es damit in unserer grossen Nachbarrepublik steht. Die nachfolgenden, anfangs letzten Monats im „Journal“ erschienenen zwei Artikel kennzeichnen den hauptsächlich durch den Krieg hervorgerufenen Fortschritt.

„Die Frau muss mithelfen, die Aufgaben der Demokratie zu lösen.“

Die Frage der politischen Rechte der Frau hat in England einen entscheidenden Schritt vorwärts getan: das Oberhaus

hat den Beschluss des Unterhauses zu Gunsten des Frauenstimmrechts mit glänzender Mehrheit bestätigt. Kein Zweifel, die gleiche Frage wird bald auch bei uns auf der Tagesordnung erscheinen, nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern vor den Kammern.

Man entgegnet mir wohl, die Stimmrechtlerinnen seien verstimmt. Für mich heisst das nur, dass sie ihre Sache für gewonnen betrachten. Die Vernunft und die Tatsachen arbeiten mächtig für sie.

Die Frauen wussten in der Tat seit Ausbruch des Krieges Besseres zu tun als Reden zu halten. Der Krieg hat sie in ein schreckliches Drama hineingestellt, an welchem sie sich mutig beteiligt haben. Die Dienste, welche die Frauen der Nation in Waffen geleistet haben, sind, ohne dass sie selbst daran gedacht haben, zu Ansprüchen für die Erfüllung ihrer Forderungen geworden.

Aber die Eroberung des neuen Rechtes wird sich nicht ohne Schwierigkeit vollziehen.

„Ihr wollt den Frauen das Stimmrecht geben“, heisst es; „bedenkt Ihr, was für einen Umsturz Ihr damit in den durch die Tradition geheiligten Gewohnheiten herbeiführt? Wisst Ihr nicht, dass die Frau ein leidenschaftliches, leicht erregbares Wesen ist?“

Gewiss, dieser Einwand hat eine gewisse Berechtigung. Aber ist er nicht einseitig? Auch die Männer sind leidenschaftlich und impulsiv. Die Politik ist und bleibt eine Kunst; sie lebt von der Gelegenheit, und sie verlangt feine Auffassung und Unterscheidung von Nuancen, was gerade eine der wenigst bestrittenen weiblichen Eigenschaften bildet. Die Intuition ist für diejenigen sehr wertvoll, welche die Aufgabe übernehmen, die menschliche Gesellschaft glücklicher zu machen. Keine Intuition — keine Psychologie; ohne das eine und das andere ist keine soziale Arbeit möglich.

Gerade die Frau nun offenbart — nach drei Jahren Krieg —, was sie Gutes, Nützliches und Schönes verwirklichen kann. Überall, wohin ihre Tätigkeit sich erstreckte, hat sie die höchsten und seltensten Eigenschaften entwickelt.

Hat uns der Krieg schon jetzt gelehrt, die der Allgemeinheit geleisteten Dienste der Frau zu schätzen, so wird dies nach dem Kriege in vermehrtem Masse der Fall sein. Die künftige wirtschaftliche Organisation bedarf einer Leitung, welche den Unternehmungsgeist nicht durch Misstrauen hemmt; sie darf nicht langsam und unentschieden sein; sie soll sich durch klare, entschlossene, kühne Handlungen auszeichnen. Gerade die Geistesverfassung der Frau scheint uns geeignet, diese von uns allen herbeigesehnte neue Ära zu schaffen. Praktisch, von raschem Entschlusse, von lebendiger Tatkraft — so ist sie geworden durch ihre tägliche Arbeit, durch die tausend kleinen Probleme, die sie täglich lösen muss. Wird sie nicht die verantwortliche Regierung auf praktische Lösungen hinweisen, sobald sie einmal mittelst des Stimmzettels mitwirken kann am Programme der kommenden Demokratie?

Aber hier erhebt sich ein Einwand sogar der gemässigten Antifrauenstimmrechtler. Weil die Frau Einsicht besitzt in die wirtschaftlichen Verhältnisse, weil sie das Familienbudget aufstellt, weil sie Kenntnisse in der Hygiene, Erziehung etc. hat, warum sollte man ihr nicht zuerst nur das kommunale Stimmrecht geben? So könnte ihre Intelligenz dem Gemeindehaushalte nützen ohne Risiko für die Staatsangelegenheiten.

Diese Auseinanderhaltung ist nicht begründet in den Augen der Verteidiger des Frauenstimmrechts. Sie betonen, dass die Abgrenzung zwischen Gemeinde und Staat nicht absolut ist, dass vielmehr alles zusammenhängt im nationalen Leben.

Und diese Ansicht wird eine ungeahnte Kraft bekommen nach dem Kriege, wenn es gilt, am Wiederausbau der lebendigen Landeskräfte zu helfen. Die Mithilfe der Frauen

in $\frac{4}{5}$ aller Berufe wird als notwendige Ergänzung der Männerarbeit gelten; sie wird unbedingt den Beweis liefern für die Verantwortlichkeit dem Vaterlande gegenüber, welche die Frau bei Ausbruch des Krieges ohne weiteres übernommen hat. Es wird nicht möglich sein, sie wieder auf ihr früheres Niveau zu beschränken.

Sind die Frauen einmal bei den Gemeindeangelegenheiten zugelassen, so folgt sicher die volle politische Gleichberechtigung in Kürze nach. Die Lehren des Krieges enthalten den Keim dafür. Ob in einer oder in zwei Etappen das Ziel wird erreicht werden, schon jetzt sehen wir voraus, dass die Erstürmung der alten Welt die Befreiung der Frau im Gefolge hat.

Felix Gaborit, député de Seine-et-Marne.

„Dem kommunalen Frauenstimmrecht entgegen.“

Am 8. Januar hat M. Jules Siegfried, der Alterspräsident der Chambre des Députés, deren Eröffnung er präsidierte, folgenden allgemein applaudierten Ausspruch getan:

„Die Union sacrée muss im ganzen Lande bestehen, und bei den nächsten Wahlen muss als Akt der Gerechtigkeit und der Dankbarkeit den Frauen der Stimmzettel gegeben werden als Anerkennung ihrer bewundernswerten Haltung während des Krieges.“

Herr Jules Siegfried ist ein Mann der Tat. Nachdem er seine Überzeugung unzweideutig zu Gunsten des Feminismus proklamiert hat, lässt er sich an die Spitze der Gruppe für Frauenstimmrecht wählen, welche sich im Palais Bourbon konstituiert hat. Mit fast jugendlichem Enthusiasmus hat er uns gestern die Fragen auseinandergesetzt, welche die neue Gruppe studiert.

„Ich bin sicher“, sagte er, „dass meine Kollegen der Frau das kommunale Stimmrecht nicht vorenthalten. Wir verlangen für den Augenblick nicht mehr, denn es ist klug, schrittweise vorzugehen. Vor einigen Monaten schon bildete übrigens die Erteilung des kommunalen Stimmrechts an die Frauen den Wunsch der Kommission für das allgemeine Stimmrecht, und M. Etienne Flaudin ist beauftragt worden, einen Bericht darüber zu verfassen. Dadurch, dass wir der Frau den Stimmzettel überreichen, erfüllen wir einfach eine Pflicht der Dankbarkeit für die bewundernswerte Arbeit, welche sie während des Krieges geleistet hat. Wir erfüllen damit gleichzeitig eine Forderung der Gerechtigkeit. Viele Länder sind uns vorangegangen: England und die Vereinigten Staaten haben den Frauen kürzlich das allgemeine Stimmrecht eingeräumt, und die Frauen Skandinaviens besitzen es schon seit Jahren.“

Ich hoffe zuversichtlich, dass meine Kollegen auch einverstanden sein werden, den Frauen den Zutritt zu allen Ämtern und Titeln der Universität zu gewähren und zwar durch die Revision des weiblichen Sekundarunterrichts. In der bevorstehenden Wirtschaftsentwicklung können und müssen alle Intelligenzen nutzbar gemacht werden.“

Herr Jules Siegfried hat schliesslich noch die Notwendigkeit betont, die Gütertrennung an Stelle der Gütergemeinschaft überall da einzuführen, wo kein Ehekontrakt besteht. Wir glauben, dass diese in unserm Code civil einzuführende Änderung einen weiteren, ebenso bereitden wie einflussreichen Fürsprach haben wird: M. R. Viviani, der ebenfalls ein eifriger Verfechter des kommunalen Frauenstimmrechts ist.

Geo Loudon.

Wann wird sich das Volk der Hirten aufraffen? E. K.

Grundlegende Studien für den Unterricht an der Mädchen-Fortbildungsschule.

Die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen ist eine Forderung der Gegenwart, die um so dringender ist, je mehr